

Pressemitteilung

22. Februar 2016

Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen

Schlechte Arbeitsmarktintegration könnte fast 4 Milliarden Euro zusätzlich kosten

Berlin – Schlechte Arbeitsmarktpolitik führt zu hohen Mehrkosten – auch bei der Flüchtlingsintegration. Damit möglichst viele der bleibeberechtigten, erwerbsfähigen Flüchtlinge schnell einen Ausbildungsplatz oder Job finden, muss die Politik überflüssige Hindernisse abbauen und den Einstieg in Arbeit erleichtern. Gelingt das nicht, könnten die Staatskassen allein in den kommenden zwei Jahren **um rund vier Milliarden Euro zusätzlich belastet** werden. Dabei sind Einnahmen, bzw. Einnahmeausfälle in Form von Steuern und Sozialbeiträgen durch erwerbstätige, bzw. nicht erwerbstätige Flüchtlinge nicht eingerechnet.

Die zusätzlichen Belastungen ergeben sich aus Berechnungen des **Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)**. Die IW-Wissenschaftler haben dazu fünf Szenarien mit jeweils unterschiedlichen Annahmen durchgerechnet. Unter der Annahme, dass die Arbeitsmarktintegration der erwerbsfähigen Flüchtlinge nur schlecht voran kommt, ergeben sich Gesamtkosten von **20,5 Milliarden Euro** bis Ende 2017. Sollte die Arbeitsmarktintegration jedoch gut gelingen, sanken die Kosten **um 3,8 Milliarden Euro auf 16,7 Milliarden Euro**. „Die Integration der Flüchtlinge wird viel Geld kosten, aber wenn wir die erwerbsfähigen Flüchtlinge schlecht in den Arbeitsmarkt integrieren, wird es unnötig viel Geld mehr kosten“, so **Hubertus Pellengahr**, Geschäftsführer der INSM. „Gute Arbeitsmarktpolitik fängt mit dem Abbau von Hürden an. Daher sollte das Zeitarbeitsverbot für Flüchtlinge aufgehoben, der Ausbildungsaufenthalt verlässlich gesichert und die Vorrangprüfung ersatzlos gestrichen werden.“

Doch die Integration der Flüchtlinge ist nur eine von mehreren Herausforderungen, vor denen Deutschland in den kommenden Jahren steht. Dazu gehören die Folgen des demografischen Wandels, die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Sicherung der Sozialversicherungssysteme und gerechtere Bildungschancen. All diese großen Aufgaben haben eines gemeinsam: sie brauchen eine starke Wirtschaft. Um daran zu erinnern, was Deutschland dank einer starken Wirtschaft bereits gelungen ist und um die Politik zu weitsichtigen Reformschritten aufzufordern, startet die INSM diese Woche eine bundesweite Anzeigen- und Plakatkampagne unter dem Slogan:

Große Aufgaben brauchen eine starke Wirtschaft

Die Themen und Anzeigenmotive finden Sie unter www.insm.de.

Weitere Informationen und das Gutachten des IW finden Sie unter www.insm.de/Presse.

Pressekontakt: Florian von Hennet, Tel. 030 27877-174; hennet@insm.de

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.